



„Die Griechen schützen Europas Grenzen nicht!“

Aktuell wird wieder von Teilen der Medien und der Politik – diesmal im Hinblick auf die Flüchtlingsfrage – auf die Griechen verwiesen, die auch jetzt angeblich ihre „Hausaufgaben nicht gemacht“ hätten.¹

Doch es ist vielmehr die Europäische Union, die ihrer Verantwortung nicht gerecht wird!

Ganz objektiv ist Griechenland momentan der Dreh- und Angelpunkt für die Einwanderung der Flüchtlinge in die EU und die Weiterreise auf der „Balkanroute“ in die bevorzugten Zielländer. Im Jahr 2015 sind mindestens 850.000 Flüchtlinge, also der ganz überwiegende Teil, über die Ägäis nach Griechenland gelangt, Tausende sind bei der gefährlichen Überfahrt in kaum seetauglichen Booten ertrunken. Klar ist auch: Auf absehbare Zeit wird die Einwanderung nach Europa nicht nachlassen.

In dieser schwierigen Situation lassen die europäischen Länder nicht nur die Flüchtlinge, sondern auch Griechenland allein!

Und tatsächlich: Wer in der Mitte Europas liegt, ohne Außengrenzen, der ist „fein raus“ und kann sich dabei auch noch auf die „Dublin-Verordnung“² berufen. Diese Vereinbarung zeigt ihren ungerechten Charakter nun erst recht, wo die Flüchtlingszahlen sehr hoch sind. Dazu gehört, dass die Staaten des Schengen-Raums alle Flüchtlinge an der Grenze zurückweisen können sollen, die aus einem anderen Schengen-Land (de facto aus Griechenland oder Italien) kommen und dort einen Asylantrag hätten stellen können. Ein Freibrief also für die EU-Staaten, ihre jeweiligen Grenzen dicht zu machen.³



Anstatt selbst bereit zu sein, Verfolgte und Kriegsflüchtlinge aufzunehmen – eigentlich eine Selbstverständlichkeit und durch das Asylrecht verbürgt –bürden sie dem Mittelmeerstaat die ganze Verantwortung für die Registrierung, Kontrolle und Unterbringung der Flüchtlinge auf.⁴

Dabei durchlebt das Land eine der größten ökonomischen und sozialen Krisen seiner Geschichte. Woher Griechenland unter diesen Voraussetzungen die finanziellen Mittel, das Personal und die Ausstattung nehmen soll, ohne dabei gegen die drastischen Sparauflagen der EU-Troika zu verstoßen, bleibt unklar. Ein substanzielles Entgegenkommen der „Institutionen“

– obwohl bitter nötig – ist jedenfalls nicht erkennbar.

Stattdessen wurde Griechenland Mitte Februar seitens der EU ein Ultimatum gestellt. Wenn nicht binnen drei Monaten ein Maßnahmenkatalog mit 50 Einzelforderungen, die u.a. die Einrichtung und Ausstattung der sogenannten „Hotspots“ betreffen, umgesetzt werde, müsse das Land damit rechnen, aus dem Schengenraum ausgeschlossen zu werden.⁵

Einen noch härteren Kurs forderte der belgische Staatsminister Francken ein. So wurde der stellvertretende griechische Migrationsminister Mouzalas bei einem EU-Meeting im Januar aufgefordert, die Flüchtlinge durch die griechische Küstenwache in türkische Gewässer zurückzudrängen, d.h. illegale und lebensgefährdende „Push-Backs“ durchzuführen, anstatt die Flüchtenden zu retten und zu versorgen.⁶

Zwar wurde diese zynische Idee in EU-Kreisen offiziell zurückgewiesen, kurze Zeit später jedoch eine Nato-Flotte in die Ägäis beordert. Aber wozu sollen Kriegsschiffe – geplant wird gegenwärtig offenbar mit insgesamt 57 – vor der griechischen Küste dienen, wenn nicht für Push-Backs?

Doch viele Menschen werden weiter versuchen, den Kriegs- und Krisenregionen wie Syrien und Irak, Pakistan und Afghanistan zu entfliehen. Nach wie vor warten aktuell mehr als eine Million Menschen auf eine Gelegenheit, über die Ägäis nach Griechenland und dann weiter zu kommen. Im neuen Jahr 2016 waren es bis Mitte Februar bereits 80.000 Flüchtlinge, die sich von der Türkei aus auf diesen Weg gemacht haben. Und diese Menschen wollen weder zurück noch zu Hunderttausenden in griechischen Lagern bleiben!

Diese Situation lässt sich auf menschliche Art nur gemeinsam lösen. Aber hier ist es gerade die Europäische Union, die ihre „Hausaufgaben“ noch nicht gemacht hat:

- Bereits im Oktober 2015 vereinbarte die EU die Umsiedlung von 160.000 Flüchtlingen innerhalb der Gemeinschaft aus Griechenland und Italien. Aus diesem Kontingent wurden – Stand 16.02.2016 – gerade mal 583 Flüchtlinge auf andere EU-Staaten verteilt.⁷
- Statt europaweit eine Willkommenskultur zu etablieren, werden weiter nationalistische, rechtspopulistische und fremdenfeindliche Gruppen hofiert.

EU-Parlamentspräsident Martin Schulz sagt: „Wenn wir zwei Millionen Flüchtlinge auf 500 Millionen Menschen in 28 Ländern verteilen, dann wird das geräuschlos funktionieren.“⁸

**Ausführliche Berichte zu Griechenland sowie weitere Infoblätter finden Sie unter:
<https://griechenlandsoli.com>.**

Dort gibt es auch Hinweise auf aktuelle Veranstaltungen in Deutschland und Österreich.

¹ So beispielsweise Thomas de Maizière; Zeit.de 25.01.2016; <http://www.zeit.de/news/2016-01/25/eu-euinnenminister-beraten-ueber-grenzschutz-25080602>

² Wikipedia, Stichwort „Dubliner Übereinkommen“ und Spiegel Online 22.04.2015:
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-so-funktioniert-die-dublin-verordnung-a-1029803.html>

³ Entwurf für den EU-Gipfel Mitte Februar 2016; Spiegel Online 19.02.2016;
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/eu-gipfel-ueber-brexit-und-fluechtlinge-was-passiert-ist-und-was-nicht-a-1078194.html>

⁴ Zunächst hatten einzelne Länder, u.a. auch Deutschland, eine Zeit lang verhältnismäßig viele Flüchtlinge aufgenommen. Aber selbst diese Staaten sind mittlerweile immer weniger dazu bereit.

⁵ Dabei ist Griechenland den zentralen Forderungen der EU schon weit entgegen gekommen, etwa bei der Zustimmung zu Frontex- und Nato-Einsätzen in griechischen Gewässern, und durch Fertigstellung von vier der fünf geplanten sogenannten „Hotspots“ (Lager für Registrierung und Erstaufnahme von Flüchtlingen) bis Mitte Februar. Deutschlandfunk Interview mit Giorgos Chondros, 17.02.2016; http://www.deutschlandfunk.de/griechenland-zur-eu-kritik-kein-land-kann-das.694.de.html?dram:article_id=345807

⁶ Der Standard, Interview mit Yiannis Mouzalas, 30.01.2016; <http://derstandard.at/2000030033294/Ich-habe-es-wirklich-satt-mir-das-anzuhoeren>; Push-Backs sind menschenrechtswidrig befand der Europ. Gerichtshof für Menschenrechte bereits 2012; http://www.deutschlandradio.de/frontex-gibt-menschenrechtsverletzungen-zu.331.de.html?dram:article_id=265564

⁷ Spiegel Online 18.02.2016; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-umverteilung-in-der-eu-funktioniert-weiter-nicht-a-1078102.html>

⁸ Spiegel Online, 18.02.2016; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlingskrise-mini-gipfel-wegen-anschlag-abgesagt-a-1077978.html>